

# Neue Pader Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Preis der Einzelnummer: 30 Pfennig.

Redaktion und Geschäftsstelle

Petrikaner-Strasse Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Inserate: 1. Zeile 100, 2. Zeile 80, 3. Zeile 60, 4. Zeile 40, 5. Zeile 30, 6. Zeile 20, 7. Zeile 10, 8. Zeile 5, 9. Zeile 3, 10. Zeile 2, 11. Zeile 1, 12. Zeile 0,5. In der 1. Zeile 100, in der 2. Zeile 80, in der 3. Zeile 60, in der 4. Zeile 40, in der 5. Zeile 30, in der 6. Zeile 20, in der 7. Zeile 10, in der 8. Zeile 5, in der 9. Zeile 3, in der 10. Zeile 2, in der 11. Zeile 1, in der 12. Zeile 0,5. In der 1. Zeile 100, in der 2. Zeile 80, in der 3. Zeile 60, in der 4. Zeile 40, in der 5. Zeile 30, in der 6. Zeile 20, in der 7. Zeile 10, in der 8. Zeile 5, in der 9. Zeile 3, in der 10. Zeile 2, in der 11. Zeile 1, in der 12. Zeile 0,5.

Nr. 304.

Freitag, den 4. November 1921.

20. Jahrgang.

Wichtig für in Warschau Eintreffende

„Central-Badeanstalt“

Warschau, Krakauer Vorstadt Nr. 16/18.

Römische Bäder

Warschau, Krakauer Vorstadt Nr. 58 (b. d. Mokiewicza)

Geöffnet die ganze Nacht

von 10 1/2 Uhr abends bis 7 Uhr früh, Sonntags- und

Feiertags nicht ausgeschlossen, nur für Männer.

Zahnarzt

GUSTAW KLUKOW

empfangt wieder

von 10-1 und von 3-6.

Herenskis

Zukunftshoffnung.

Psychologische Grundlagen des heutigen

Russland.

Unter dieser Epigraphe gibt die „Prager

Presse“ den Inhalt eines Interviews wieder, das

A. Kerenski dieser Tage einem Mitarbeiter eines

Blattes gewährte. Kerenski äußerte hierbei u. a.:

Vor allem muß ich die in einzelnen Blättern

verbreiteten Nachrichten, daß zwischen den Sozial-

revolutionären oder meiner Person und den Bolsch-

schewisten Verhandlungen über die Grundlage eines

Kompromisses geführt werden oder geführt werden

sollen, als eine absolut jeder realen Grundlage ent-

behrende, irreführende Sensationsnachricht auf ent-

schiedenste Weise wiedergeben. Unter den gegenwärtig in

Russland abwickelnden Verhältnissen wäre es eine

Unmöglichkeit und Schmach zugleich, durch den

Nachschuß eines Kompromisses, in welchem Maße

immer, die Verantwortung für die Folgen des bolsch-

schewistischen Regimes und das Schicksal des russi-

schischen Volkes auf sich zu laden. Das Geschick des

Bolschewismus ist heute bereits offen ersichtlich, der

vollkommene Kollaps ist unausweichlich.

Die Gründe hierfür sind psychologischer Natur.

Zwischen den russischen Arbeitern und Bauern, die

die unentbehrliche und dem Ansehen nach zuver-

lässigste Stütze des gegenwärtigen Regimes bilden

sollten, und der bolschewistischen Regierung sind alle

Bünde zerfallen. Russland ist heute von der Ideo-

logie des Bolschewismus vollkommen geheilt, die

Psyche des Volkes ist ihm fremder denn je. Gegen-

wärtig herrscht in Russland nur der bolschewistische

Regierungs-Apparat, keineswegs aber der Bolsche-

wismus. Und es handelt sich heute nicht um die

Frage der Beseitigung des Bolschewismus, sondern

um den Ersatz des gegenwärtigen Regierungs-

Apparates durch einen anderen. Der bestehende

Apparat widerspricht den psychologischen Tendenzen

der weitaus größten Zahl der russischen Bevölkerung,

der das unentbehrliche Erfordernis des Vertrauens

zum heutigen Regime mangelt. Dies ist nicht etwa

bloß der Standpunkt der Sozialrevolutionäre, son-

dern aller sozialdemokratischen Parteien. Den besten

Beweis finden Sie in der Haltung der Menschen-

wissen, vor allem Martow, der in Berlin den

„Sozialistisch-Wissenschaft“ herausgab. Martow,

der seinerzeit, im Jahre 18 und 19 zum Bolsche-

wismus neigte, ist heute entschiedener Gegner der

Bolschewisten. Nur ein Blinder kann sich der Ein-

sicht verschließen, daß der Bolschewismus heute ein

bereits beendetes Kapitel darstellt. Wir haben zu-

verlässliche Nachrichten darüber, daß sämtliche von

den Bolschewisten unternommenen Versuche, das

Wirtschaftsleben wieder anzukurbeln oder einen re-

formierten Kapitalismus zu schaffen, Schiffbruch ge-

litten haben. Und der Grund ist eben ein psycho-

logischer, Mangel des Vertrauens. Wir sehen dies

in dem Scheitern der Handelsbeziehungen zwischen

von beschränktem Horizont zugehend ist die Behaup-

tung der Bolschewisten, daß der Kapitalismus in

der Ära liege, wenn am Stillen Ocean ein

Kräftekomplex gestaltet wird, der sich in den Staa-

ten England, Amerika und Japan verkörpert. Man

darf jedoch nicht vergessen, daß bloß ein einziger

europäischer Staat infolge seiner territorialen Lage

an dieser Frage körperlich beteiligt ist, und zwar

gerade Russland. Und ich hege allen Ernstes die

Überzeugung, daß Russland in Zukunft hierbei

gewissermaßen als Vorort Europas, eine Rolle

spielen wird, die größer ist als die, welche es im

alten Europa verkörperte.

Der letzte Versuch eines Sturzes der

Bolschewisten.

Moskau, 3. November. (Vp.) Ein Seiden aus

dem Ausland hier eingetroffener russischer Politiker

erklärte in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter

der „T.A.“ unter anderem folgendes: Ich glaube,

daß der gegenwärtige Moment für eine Intervention

in Russland sehr günstig ist. Der moralische

Krach der Bolschewisten ist eine Tatsache, die sich

nicht mehr verbergen können. Die Macht der

Sowjets stützt sich allein auf die Spitze der Re-

volution. Der Sturz dieser Macht ist in gleichem

Maße sowohl schwer, als leicht. Wir müssen daher

einen Versuch machen, diese Macht zu stürzen. Es

wird der letzte Versuch sein. Nach meiner Ansicht

hat er alle Aussicht auf Erfolg.

Kommunistischer Aufstand inessarabien.

Moskau, 3. November. (Vp.) Die „Sowjetija“

berichtet, daß die aufständische Bewegung in Besse-

rabien wieder im Wachsen begriffen ist. Im Bereich

der Station Romanowka kam es zu einem blut-

igen Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und

rumänischen Abteilungen. Eine Gruppe der Auf-

ständischen zerstörte den Eisenbahnzug, beschloß den

eingetroffenen Zug und sprengte die Lokomotive.

Ende September sprengten die Aufständischen die

Brücke bei Tschernowizy wodurch der Zug gestoppt

wurde und sehr viele rumänische Soldaten und

Leben kamen.

Zur Anerkennung der Vorkriegsschulden

durch die Sowjets.

London, 3. November. (Vat.) Die englische

Regierung sandte nach Moskau eine Antwort auf

die Sowjetnote in Sachen der Anerkennung der

Schulden des zaristischen Russlands. Die Note for-

derb eine genauere Erklärung mehrerer Punkte der

russischen Note. Vor allem wird eine Erklärung

darüber gegeben, welche Absichten die Sowjet-

regierung in Bezug auf die der Barentsregierung im

Jahre 1914 bewilligten Anleihen hegt.

Die Parteien in Russland.

Berlin, 3. November. (Vat.) Der „Vor-

wärts“ berichtet, daß die Bildung einer Koalition

zwischen den Bolschewisten, Menschewisten und dem

jüdischen Bund als gesichert gelten kann.

Die Ereignisse in der Ukraine.

Moskau, 3. November. (Vp.) Die

heutigen Blätter veröffentlichen ein amtliches Dementi

der Nachricht von der Einnahme Kamenetz, durch

die Abteilungen Petliuras: Die Sowjetpresse kündigt

an, daß das neue Abenteuer recht bald liquidiert

werden wird.

Wo ist Petliura?

Die Agentur „Polpress“ erstaut uns im Ver-

öffentlichung folgender Berichtigung:

In dem Bericht vom 2. November wurde die

Nachricht gebracht, daß sich Petliura zurzeit in Tar-

now befindet. Alle Blätter, die diese Nachricht

Russisch-polnischer

Notenwechsel.

Zwischen dem polnischen Außenminister Skir-

mund und dem bevollmächtigten Vertreter Sowjet-

rußlands Karasch hat in den letzten Tagen folgen-

der Notenwechsel stattgefunden:

Am 31. Oktober sandte Herr Karasch dem

Herrn Außenminister Skirmund eine Note zu, in

der der Vertreter Sowjetrußlands darauf hinweist,

daß er ihm über die letzten Ereignisse am Berez,

wo bewaffnete Banden vom polnischen Territorium

mit Hilfe der polnischen Militärs und Eisenbahn-

behörden nach der Ukraine übergingen, bereits unter

29. Oktober berichtete.

Die Sowjetregierung kann den Ereignissen in

der Ukraine nicht gleichgültig gegenüberstehen, schließt

sich den Forderungen an, die in der Note der

ukrainischen Regierung vom 30. Oktober genannt

sind und sieht die gegen die Ukraine gerichtete

Tätigkeit gleichzeitig als gegen Russland gerichtet an.

Die russische Regierung verlangt, daß die Schritte

unternommen werden, die in der Note des Ver-

treeters der Ukraine vom 30. Oktober genannt sind

und hofft, daß den Maßnahmen zwischen Polen

und Russland ein Ende bereitet wird. Diese Maß-

nahmen werden von Weißgardisten und her-

vorgeschrieben, die sich in Polen aufhalten und von

unverantwortlichen Agenten der Behörden unterstützt

werden.

In der Antwort übersandte Herr Skirmund

Herrn Karasch eine Abschrift der Note an den

Vertreter der Ukraine. Es wird darauf hingewiesen,

daß die würdige und ruhige Auffassung der Fragen,

die in der Note des Vertreters der Ukraine erwähnt

sind, es der polnischen Regierung erleichtert jede

Erklärung und Verschönerung zu geben, die von dem

Mangel an irgendwelchen feindseligen Absichten pol-

nischerseits gegen die Sowjetrepublik ukrainische

Republik überzugehen dürfte.

Die Washingtoner

Konferenz.

Paris, 3. November. (Vp.) Im Zusammen-

hang mit der Abreise der französischen Delegierten

nach Washington, bespricht die heutige Presse aus-

fänglich die vorläufigen Ergebnisse der Kon-

ferenz. An erster Stelle wird das englisch-japani-

sche Bündnis besprochen. „Journal“ sagt das

Ende dieses Bündnisses voraus. Die wichtigsten

Blätter führen aus, daß die Beziehungen

zwischen England und Japan auf jeden Fall eine

bedeutende Verschlechterung erfahren werden. Falsch

sei jedoch die Ansicht von einer Isolierung Japans.

Es müsse damit gerechnet werden, daß im Falle der

Entstehung eines amerikanischen-englischen

Bündnisses sofort ein japanisch-

deutsch-russisches Bündnis gebildet

würde. Das beweise u. a. die Sonderpolitik Ja-

pans in Bezug auf Sowjetrußland.

London, 3. November. (Vp.) In politischen

Kreisen wird berichtet, daß die Abreise Lord Geo-

rges nach Washington den Bruch mit Japan bedeuten

würde. Es verbleibe dagegen der Kampf zum

Sturz der Hegemonie der Vereinigten Staaten auf

dem Meere.

Die Sowjets und die Washingtoner

Konferenz.

Moskau, 3. November. (Vp.) Am 2. No-

vember richtete Skirmund an die Regierungen

von England, Frankreich, Italien, Japan und Ame-

rika eine Note, in der er ausführt: Infolgedessen,

daß der Protest der Moskauer Regierung vom

Die Kohlenproduktion

in Oberschlesien.

Kattowitz, 3. November. (Vat.) Der „Görno-

Magazin“ bringt einige Ziffern über die Kohlen-

produktion in Oberschlesien: Von 67 Kohlengruben

gehören 23 an große Bergwerkunternehmungen. In

den Besitz des polnischen Staates gehen folgende

Gruben über, die bisher dem deutschen Staate ge-

hörten:

1) Königsgrube in Königsgrube. Im Jahre

1920 produzierte diese Grube 2,108,877 Tonn und

beschäftigte 9932 Arbeiter. Diese Grube besitzt auch

eine Zementfabrik;

2) Die Bielschawiger Kohlengruben im Kreise

Wieliczka mit folgenden Schächten: „Reinhold“ in

Wieliczka und „Delbrück“ in Maloszewice. Die

Grube in Maloszewice besitzt ein Kohlenwerk und

zwei elektrische Zentralen. Die Bielschawiger Gruben

beschäftigten im vergangenen Jahre 6372 Arbeiter

und produzierten 1,066,287 Tonn Kohle;

3) Die Grube in Knurów im Kreise Myslowitz

mit 4 Schächten, sie beschäftigte im vergangenen

Jahre 8181 Arbeiter und produzierte 482,131 Tonn

Kohle. Es sind dies Gruben, die erst in der letzten

Zeit entstanden sind. Sie besitzen eigene Kohlenwerke

und fördern die beste Kohlenart. In diesen Gruben

gehören auch staatliche Wasserleitungen.

Diese Gruben wurden von einer besonderen

Bergwerk-Inspektion in Königsgrube verwaltet. Von

den bisherigen staatlichen Gruben werden Deutsch-

land nur 2 zuzahlen, und zwar „Königin Luise“ in

Wabrze und eine zweite im Dorfe Dorota bei Wabrze.

Alle früheren deutschen Staatsgruben waren in

deutschen Bergwerk-Inspektionen unterstellt. Jetzt

wird in der Verwaltung dieser Gruben eine Umde-

nung eintreten, weil für diese Gruben, die Polen

zugefallen sind, eine besondere Bergwerk-Inspektion

geschaffen wird.

Dr. Schiffer Bevollmächtigter für

Oberschlesien.

Zum Bevollmächtigten für Oberschlesien ist der

deutsche Reichsminister a. D. Dr. Schiffer ernannt

worden. Zu seinem Stellvertreter ist Staatssekretär

Erwald bestimmt. Der Tag der Abreise steht noch

nicht fest. Reichsminister a. D. Schiffer gebürtig

in Königsgrube.

Bild eines Mannes mit Brille und Anzug.

Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

wurde zum Bevollmächtigten für Oberschlesien

ernannt.

vor dem Ansturz der nationalliberalen Partei an

und trat dann zu den Demokraten über. Er ist

am 14. Februar 1864 in Breslau geboren, besuchte

dort das Elisabeth-Gymnasium und studierte in

Breslau, Leipzig und Tübingen die Rechte. Er war

1880 Referendar, 1885 Gerichtsassessor, 1888



Merken verbleibt, soll Bestimmung beibehalten für die Wahlzeit, um den Einfluss eines politischen Druckes auf den Verlauf der Wahlen zu vermeiden. Man glaubt in dieser Hinsicht die Wahlzeit Frankreich im Vergleichung der polnischen Wahlen zu finden, da dieses bereits erfolgt hat, den Einfluss des Wahlrechts auf den Verlauf der Wahlen zu vermeiden. Die von den gegenwärtigen Wahlverhältnissen hervorgerufene Wahlzeit steht im Einklang mit der Wahlzeit, die am 1. November im Wiener Gebiet stattfand, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Ausübung. Damit dürfte den polnischen Wahlen bereits genügender Vorbehalt geleistet sein.

Minister Stürmer teilt Anfang November nach Prag, um den politischen Vertrag mit der Tschechoslowakei zu bekräftigen, da erst nach Abschluss dieses Vertrages die Tschechen das Handels- und Transitvermögen in Kraft treten lassen wollen. Der politische Vertrag wird gegenseitige Neutralität im Falle eines Angriffes durch eine dritte Macht zu sichern, dagegen nicht wie das rumänisch-polnische Abkommen eine Militärkonvention zu definieren. Außerdem sollen die gegenseitigen Rechte der nationalen Minderheiten geschützt werden.

## General Haking und der port d'attache.

Die Frage des Anlegens für polnische Kriegsschiffe in Danzig ist auf der Tagung der Völkerbundes im Juni sowohl wie im September nicht entschieden worden. Auf Veranlassung des Generaldirektors des Völkerbundes Sir Eric Drummond hat der Oberkommissar in Danzig, General Haking, dann unter dem 14. Oktober eine vorläufige Regelung über die Benutzung des Danziger Hafens für polnische Kriegsschiffe, dahin getroffen, dass beide Teile, Danzig und Polen, sich einvernehmen geeinigt haben.

1. dass Polen den Hafen von Danzig für seine Schiffe weiter benutzt, bis die Frage des Anlegens durch den Völkerbund entschieden sein wird;
2. dass Polen die Danziger Regierung vorher über die Zahl der Schiffe benachrichtigt, die den Danziger Hafen benutzen, und dass die Danziger Regierung keine Einwände gegen den Aufenthalt der Schiffe erhebt;
3. dass der Hafenausgang den Schiffen die notwendigen Bedingungen gewährt;
4. dass die Abmachung keinerlei späteren Meinungsänderungen oder Entscheidungen des Völkerbundes vorgeht.

Bur Vorschläge dieser Regelung finden wir einen Vertrag in der „Gazeta Warszawska“ unter dem Titel: „Einige Verträge, die sich auf eine ganze Reihe von vertraulichen Dokumenten des Völkerbundes über Danziger Fragen in Händen hat und sie stichweise veröffentlicht. Man sieht, dass der Bericht des General Haking vom 10. September an den Völkerbund über die Frage des Anlegens zusammenfassend — der ganze Bericht sei zu lang und zu sehr technisch, um ihn ungekürzt wiedergeben — einen Auszug. Danach habe General Haking seine Ansicht über diese Frage in seinem Bericht wie folgt niedergelegt:

1. Die erste Schwierigkeit ist die Unklarheit des wirklichen Sinnes des Ausdrucks „port d'attache“, der keinen synonymen Begriff in der englischen Sprache aufweist. Viele hervorragende Juristen haben mit ihm nicht in befriedigender Weise erklären können. Die Presse behauptet, dass derjenige, welcher die Installation eines „port d'attache“ (Anlegens) fertigbringt, der nicht zugleich eine „basse navale“ (Marinebasis) ist, die Quadratur des Kreises zu lösen imstande ist. Es scheint, als wenn es darauf angekommen wäre, Polen wirklich eine „basse navale“ zu geben; man hat sie aber „port d'attache“ genannt. Es scheint aber weiter, dass die Forderung des Rates, in Danzig keine „basse navale“ zu bilden, kategorischer ist als der Wunsch, Polen einen „port d'attache“ zu geben.

2. Es scheint also, dass obiger Ausdruck in bestimmtem Sinne zu verstehen ist, d. h. dass, dass Polen seine dauernde Installation auf dem Lande gegeben werden dürfte, sondern ihm nur ein Ort bezeichnet werden müsste, wo seine Schiffe an Land gehen und stationieren können. Es erscheint logisch, dem Oberkommissar das Recht zu geben, wenn er es für notwendig hält, die Zurückziehung der polnischen Kriegsschiffe aus dem Danziger Hafen zu verlangen.

3. Wenn auch Polen nur das Recht haben wird, seine Schiffe im Danziger Hafen zu stationieren, so sollte es doch größere Vorrechte genießen als andere Staaten. Das Hauptrecht wird der Besitz eines dauernden Stützpunktes sein, wo die polnischen Schiffe so lange bleiben können, wie es ihnen paßt, unter dem Vorbehalt, dass der Oberkommissar nicht von seinem im vorigen Punkte erwähnten Recht Gebrauch macht.

4. Sehr wichtig ist die Festlegung der Rechte der freien Stadt. Wenn auch die Verwaltung des Hafens dem Kaiser übergeben worden ist, so ist das doch eine rein wirtschaftliche Einrichtung, die den Rechten Danzigs untergeordnet ist. Danzig muß Stimmrecht in der Frage des Verbleibens fremder Schiffe in seinem Hafen haben. Wenn die polnischen Schiffe den Danziger Hafen verlassen und erst ohne Genehmigung der freien Stadt stationieren dürfen, so könnte nicht garantiert werden, dass keine Schiffe auf seinem Territorium eingekerkert würden, und seine Rechte würden verweigert werden, wenn der Oberkommissar nicht das Recht der Intervention hätte.

5. Es scheint also klar zu sein, dass die polnischen Kriegsschiffe a) den Danziger Hafen nur mit Erlaubnis der Danziger Regierung verlassen dürfen; b) dass sie den Danziger Hafen auf jedes Verlangen des Oberkommissars verlassen müssen. Mit Rücksicht auf die besonderen Beziehungen,

die zwischen Danzig und Polen bestehen, kann man Polen das Recht der dauernden Benutzung des Danziger Hafens zusprechen und nachträglich die Regeln ausarbeiten, die gleichzeitig auch die Rechte der Kaiserliga und die Danziger garantieren.

6. Während meines Besuchs in Warschau verhandelte ich in dieser Angelegenheit mit der polnischen Regierung und mit dem Chef des polnischen Generalstabes.

7. Die polnische Regierung hat sich weder auf die erste noch auf die zweite (der im Punkt 5 erwähnten) Bedingung einigen können. Der Chef des polnischen Generalstabes hat mir auf meine Verlangen eine Note überreicht, in welcher die polnische Regierung festgelegt hatte, wodurch sich nach ihrer Ansicht ein „port d'attache“ von einer „basse navale“ unterscheidet. Ich bin der Ansicht, dass die Prüfung dieser Frage mehr die Aufgabe der Marinefachverständigen als die des Rates der Kaiserliga ist. Mein Gesichtspunkt ist der: Polen müßten alle Garantierungen für den Aufenthalt seiner Kriegsschiffe im Danziger Hafen gewährt werden, aber unter der Bedingung, dass es dort keine Seebasis haben dürfte. Und weiter, dass die Verpflichtungen gegenüber der Kaiserliga und der Danziger Regierung nicht vernachlässigt werden dürfen. Hierzu bemerken die „Danz. N. N.“:

Dieser Bericht spiegelt bereits die Grundzüge der vorläufigen Regelung des Oberkommissars vom 14. Oktober d. J. Seine Vorschläge lassen sich also dahin zusammenfassen: Die Bestimmung des Völkerbundes, Danzig keine Marinebasis sein, ist als oberste Bestimmung zu respizieren. Innerhalb dieser Bestimmung sind zwei Punkte zu beachten: einmal die Stationierung von Polen, seine Schiffe im Danziger Hafen zu stationieren, auf der anderen Seite die Rechte der freien Stadt. Aus der Abwägung dieser beiden Faktoren ergibt sich die Aufstellung des Oberkommissars:

1. Polens Schiffe können den Danziger Hafen verlassen, 2. sie können aber nicht mit Erlaubnis der Danziger Regierung, 3. Sie haben den Danziger Hafen auf Verlangen des Oberkommissars jederzeit zu verlassen. 4. Es ist ihnen das Vorrecht vor anderen Staaten eines bestimmten dauernden Stützpunktes zu geben. 5. Die Rechte Danzigs dürfen nicht vernachlässigt werden.

Die polnische Regierung hat sich auf diese Forderungen des Oberkommissars nicht einigen können und hat dafür in einem Entschreiben ihre Ansicht über die Unterscheidung zwischen einem port d'attache und einer Marinebasis gegeben. Diese Unterscheidung soll nunmehr zunächst einmal durch die Marinefachverständigen des Völkerbundes geklärt werden. Im großen und ganzen müssen wir die Ausführungen des Oberkommissars als so logisch bezeichnen, dass sie einer größeren Debatte eigentlich nicht mehr bedürfen.

## Die Detronisation der Habsburger.

Leadford, 8. November. (Pat.) Die ungarische Regierung hat den Beschluß des Volkskongresses in Sachen der Detronisation der Habsburger ohne Vorbehalt angenommen.

Die ungarische Regierung beschloß gleichfalls das Parlament unverzüglich einzuberufen und versprach, das Gesetz betreffend die Abdankung Karls und sämtlicher Mitglieder des Hauses Habsburg vom ungarischen Thron auf dem gesetzgebenden Wege binnen 8 Tagen, vom Tage der Internierung

Karls an Nord des englischen Kanonenbootes, d. h. vom 1. November, durchzuführen.

Budapest, 8. November. (Pat.) Auf der heutigen Sitzung des Vereins der Arbeitervereine erklärte der Ministerpräsident, daß er morgen unter dem Druck der Koalitionsmächte der Nationalversammlung folgende Gesetzesvorlage über das Verlöschen der Rechte des herrschenden Kaisers Karl IV. sowie der Thronfolgerin aller Habsburger vorlegen wird. 1) Die Rechte des Kaisers Karl IV. sind erloschen, 2) die pragmatische Sanction vom Jahre 1723, die die Thronfolge-Rechte des österreichischen Hauses reguliert, hat ihre Rechtskraft verloren. Das Recht der freien Wahl ist gänzlich in die Hände des Volkes übergegangen, 3) das Volk besteht weiterhin unabhänghlich auf die erbliche Form des Reiches, es verleiht jedoch die Befugnis, das königliche Thron auf eine andere Zeit und empfiehlt dem Minister in dieser Richtung und in entsprechender Zeit Vorschläge zu machen, 4) das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft. Der Ministerpräsident wird sich an das Parlament mit der Bitte wenden, die Gesetzesvorlage, wenn möglich ohne Disjunktion anzunehmen.

Paris, 8. November. (Pat.) Savas. Die Volkskongress-Konferenz machte sich mit der Note Benez, die Ungarn anfordert, die Detronisation des Kaisers Karl und der ganzen Habsburger Dynastie bis zum 8. d. M. zu proklamieren, bekannt und schritt zur Prüfung derselben Schritte, die im Zusammenhang mit der Internierung Karls unternommen werden sollen. Es wurde gleichfalls beschlossen, sich an Jugoslawien mit der Bitte zu wenden, die Kriegsoperationen gegen Albanien einzustellen.

Wien, 8. November. (Pat.) Das „N. N. Journal“ meldet, daß die kleine Entente mit der Stillierung des Gegenwärtigen über das Verlöschen der Rechte Karls und der Habsburger Dynastie auf dem Thron angestrichen ist.

Paris, 8. November. (Pat.) „Journal“ meldet, daß zwischen Portugal und den verbündeten Mächten weitere Verhandlungen bezüglich der Abdankung Karls für den Fall seiner Internierung auf der Insel Madagaskar gepflogen werden.

## Ein ungarischer Protest.

Budapest, 8. November. (Pat.) Die ungarische Regierung protestierte bei der tschechoslowakischen Vertretung in Budapest und im Ministerium in Prag gegen das Vorgehen der tschechischen Behörden, die die Korrespondenzen und Anweisungen auf dem ungarischen Dampfer in Pozsona konfiszieren haben.

## Das Ehelichpaar in Mähren.

Budapest, 8. November. (Pat.) Die „Mäh. Post“ meldet, wurde das Ehelichpaar vom englischen Kanonenboot nach einem einmündigen Monitor übergeführt, um nach Galatz zu fahren.

## Chronik u. Lokales.

### Kaufleute über den Preisabfall.

Am 30. v. Mts. fand in Warschau eine vom Ministerpräsidenten Poniowski einberufene Konferenz unter Beteiligung des Herrn Handelsministers Strahoberg, sowie Vertreter der Kaufmannschaft und Handwerker-Organisationen, des Verbandes der Bankgänger und des Verbandes der Naturwissenschaftler. Vertreter der Großindustrie und der Landwirtschaft waren abwesend.

Herr Poniowski unterbreitete Daten des statistischen Hauptamtes bezüglich des Sinkens der polnischen Mark im Zusammenhang mit der Zunahme der Lärnung und unterbreitete, daß infolge der Aufhebung der polnischen Mark die Mitwirkung der wirtschaftlichen Kreise am Preisabfall erwünscht sei. Der Präsident des Vereins polnischer Kaufleute Herr Boguslaw Hesse betonte, daß die polnische Kaufmannschaft nicht auf dem bürgerlichen und staatlichen Boden stehen habe, wie dies bei der bolschewistischen Revolution und dem obersteinsten Plebiszit bewiesen worden sei. Die polnische Kaufmannschaft werde auch fort ihre Pflicht tun. An der Ansprache beteiligten sich der Handelsminister Herr Strahoberg, sowie die Herren S. Karpinski, Martalski und Wiatki. Es wurde festgestellt, daß zur Zeit des tiefsten Sinkens der polnischen Mark Maßnahmen getroffen wurden, um der Spekulation entgegenzuwirken. Diese Maßnahmen wurden dem Publikum zur Kenntnis gebracht. Auch soll werden Bestimmungen getroffen, daß der bereits eingeführte Preisabfall durchzuführen wird.

Eine öffentliche Zurückhaltung von Einfäusen sei jedoch nicht erwünscht, weil diese auf die bereits allgemeine Einfäuerung der Produktion auf drei Tage in der Woche einwirkt und mit Verwundungen sozialen Charakters droht. Diese Erscheinungen verursachen den Mangel des Bistroms an Waren und können auf die Resultate der Vermögensabgabe einen ungünstigen Einfluß ausüben, sowie die Verwirklichung des Programms der finanziellen Sanation des Herrn Finanzministers erschweren.

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Aufforderung des Herrn Ministerpräsidenten, hat der Rat des Vereins polnischer Kaufleute, bestehend aus Vertretern aller Stände der Republik, auf der Sitzung am 31. Oktober folgende Resolution angenommen:

Indem wie die Akt-Initiative des Herrn Ministerpräsidenten in Sachen der unumkehrbaren Mitwirkung mit den wirtschaftlichen Organisationen mit dieser Anerkennung bezeugt, ist der Rat des Vereins fest, daß die organisierte polnische Kaufmannschaft, trotz der kühnen Zunahme der Kosten bei der Führung von Unternehmungen, trotz der Erhöhung der Steuern, des Transport-Tarifs usw. stets auf dem Standpunkt der Bekämpfung der unbegründeten Preissteigerungen gestanden und diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft hat. Der Rat fordert die Berufsstände und die befürworteten Organisationen auf, einer planmäßigen Aktion, die den Preisabfall, hervorgerufen durch die neuen Wirtschaftsbedingungen, zum Zweck hat, beizutreten. Der Rat drückt dabei die Hoffnung aus, daß die parallele Ermäßigung der Preise für Konsumgüter zur leichteren Verwirklichung obiger Postulate beitragen wird.

## Die gestrige Stadtverordneten-

Sitzung fand unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Rosenblatt statt. Es wurde eine auch in unserer Blatte bereits veröffentlichte Erklärung des Herrn Finanzministers Michalek verlesen, wonach den Städten keine finanzielle Hilfe vom 1. Januar 1923 erteilt wird, so daß die Städte zur Ausfindung neuer Einnahmequellen streben müssen. Der Herr Finanzminister erklärte, daß der Budget-Waßrat sich bereits vor 2 Jahren an das Finanzministerium um Bestätigung verschiedener Steuerentwürfe gewandt habe, diese wurden jedoch stänlich abgelehnt. An der katastrophalen Lage der Städte trage somit nur die Regierung die Schuld. Auch der letzte Entwurf betreffend die Einführung einer Steuer von der Produktion wurde bisher nicht fertig. Der Herr Minister beabsichtigt eine Konferenz mit den Vertretern der Industrie abzuhalten. Der Redner erlaubt sich deshalb zu zweifeln, ob die Steuer überhaupt befestigt wird. St.-Ver. Pogonowski bittet die Handlungsweise des Herrn Finanzministers und ist der Ansicht, daß zur Ausarbeitung neuer Steuerentwürfe ein besonderes Komitee, bestehend aus Vertretern der Groß-Industrie eingesetzt werden sollte. Vizepräsident Stupicki erklärte, daß die b. f. gende Klasse überhaupt keine Steuer zahlen wolle, dies könne zur Anarchie und zum Bolschewismus führen. St.-Ver. Pogonowski der die letzten Worte auf sich bezog, wollte dem Vizepräsidenten antworten, der Vizepräsident ließ ihn jedoch nicht zu Worte kommen. Es entstand ein Lärm, so daß der Vorsitzende sich veranlaßt sah, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederanfuhrung der Sitzung erklärte Vizepräsident Stupicki, daß er mit seiner Kritik nicht den St.-Ver. Pogonowski gemeint habe. Der Zwischenfall wurde hiermit beigelegt.

In der Kommission der billigen Röhren wurde anstelle des Herrn Langen, die St.-Ver. Frau Ritterband gewählt. Infolge eines Schreibens des Vizepräsidenten wurden in die Kommission zur Prüfung der Preise und der Gewinne der Schiffe Wiatki und der Präsident des Kaufmannsverbandes Herr Adolf Fuchs und zu ihren Vertretern die Herren Königberg und Poniowski gewählt.

St.-Ver. Heilmann beantragte die Preise für Gas, Reis und Zee zu ermäßigen. Nach einer Ansprache wurde der Antrag abgelehnt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Territorialkommission des Lodzer Sejmiks hielt eine Sitzung ab, in der der Stellvertreter des Starosten, Dr. Gustav Taubenschlag, mitteilte, daß die statistischen Arbeiten der Territorialkommission bereits beendet seien und die technische Sektion ein konkretes Projekt der territorialen Änderungen ausgearbeitet habe, die der Verwaltung zur Bestätigung unterbreitet werden sollen. Die Grenzänderungen sind nach den von der 2. Sitzung der Territorialkommission angenommenen Grundsätzen, d. h. bei einer Festlegung von 4000 Einwohnern als Minimum der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden, jedoch mit Berücksichtigung der spezifischen wirtschaftlichen Bedingungen in jedem individuellen Falle, durchgeführt worden. a) interterritorialer Spruch zu ausgedehnten Gemeinden wurden aufbrechend kleiner gemacht, obgleich dieses gleichzeitig in den schwachbevölkerten Gemeinden eine Reduzierung der Bevölkerung unter das festgesetzte Minimum verursacht hat; b) andererseits wurden Gemeinden, die einen bedeutenden Prozentsatz unbesohnter Gebiete aufweisen, auch den Ausmaß

## Abonnements-Einladung

Der Bezugspreis der „Neuen Lodzer Zeitung“ pro November wird unverändert bleiben. Die „Neue Lodzer Zeitung“ wird vom 1. November a. c. an kosten:

700 Mk. monatlich, mit Austragslosh 800 Mk.

175 „ wöchentlich „ „ 200 „

Für die Leser, die uns unsere Leser bisher bewahrt haben, sagen wir auch heute wieder unseren herzlichsten Dank und richten an sie die Bitte, unsere Zeitung weiterhin zu verbreiten. Dadurch wird es uns möglich sein, sie nicht nur zu erhalten, sondern auch immer mehr auszubauen.

Für diejenigen Abonnenten, die bis zum 9. November in unserer Administration, Petrikauer-Straße 15, den Bezugspreis im Voraus eingezahlt haben, kommen nachstehende

## Millionumki

zur Verlosung:

Nr. 4.508.940

„ 4.508.941

„ 4.508.942

„ 4.508.943

Ein eventuell inzwischen auf eine dieser Nummern entfallender Gewinn von

1.000.000 Mk.

gehört dem künftigen Besitzer der Millionumki.

„Neue Lodzer Zeitung“

Verlag und Redaktion, Petrikauerstr. 15.



Heute Freitag, den 4. November 1921:  
(zu Wochentagspreisen)

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

1. Chlorophyll is the green pigment found in plants and algae. It is responsible for the process of photosynthesis, which converts light energy into chemical energy. Chlorophyll is located in the chloroplasts of plant cells.



(Nachdruck verboten)

„Werden Sie mir zugeben, daß sich allmählich in jener belastendes Indizienmaterial gegen Sie angesammelt hat,“ sagte Gidert gelassen hinzu. „Natürlich ist eine Schuld ihrerseits dadurch noch nicht voll erwiesen, aber ich werde mich, doch wohl, emüthet fühlen, Sie verhaften zu lassen.“

Neunachtes Kapitel.

„Es kam mir vor, als ob der Wind nicht nur draußen in den Bäumen, sondern auch durchs Haus heulte,“ sagte er, „und daß Kränlein fragte ihr Kestner zugemacht hatte, daß hatte ich ja gehört. Nun mußte ich immerzu darüber nachdenken, ob ich viel

... (unintelligible) ...

(Fortsetzung folgt.)

Warentransportlicher Umsatz